

Wirtschaftspolitische Grundsätze nach Corona: Soziale Marktwirtschaft erneuern

Wohlstandsmodell „Soziale Marktwirtschaft“ wird durch Wachstumsmüdigkeit, dirigistische Steuerung und staatliche Interventionen gefährdet.



Soziale Marktwirtschaft modernisieren, Akzeptanz von Wachstum stärken und Staatseingriffe auf erforderliches Maß zurückführen.



Wachstumspotenziale heben, Strukturwandel effizient und wettbewerbsneutral ermöglichen, Resilienz von Unternehmen und Staat erhöhen.



Impuls 1

Wirtschaftswachstum fördern, um Zukunft zu gestalten

- 1) Wachstumspotenzial in Deutschland sinkt auf 0,9 %¹. Das ist zu gering, um Wohlstand zu sichern, Schulden abzubauen, die Alterung der Gesellschaft sowie die Transformation zur Nachhaltigkeit zu finanzieren.
- 2) Faktor Demografie: Das BIP-Wachstum wird durch einen Rückgang des potenziellen Arbeitsvolumens jährlich um 0,1 %-Punkte gebremst.¹
- 3) Faktor Produktivität: Das durchschnittliche jährliche Wachstum der totalen Faktorproduktivität wird bis 2025 mit 0,5 % auf niedrigem Niveau bleiben.²
- 4) Faktor Außenhandel: Die Globalisierung stagniert, protektionistische Maßnahmen nehmen zu und im Dienstleistungsbereich bestehen weiterhin hohe Hürden.³

1) Rückkehr auf einen höheren Wachstumspfad.

2) Vorhandene Beschäftigungsressourcen werden optimal genutzt und zusätzliche Fachkräftpoteziale gehoben.

3) Produktivitätswachstum durch mehr Innovationen und stärkere Digitalisierung erhöhen.

4) Deutschland profitiert weiterhin im besonderen Maße von der Globalisierung.

1) Wachstumsfaktoren gezielt stärken: Erwerbsbeteiligung erhöhen, Innovation und technischen Fortschritt vorantreiben sowie Potenziale des Außenhandels nutzen.

2) Erwerbsbeteiligung durch verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen (u.a. Abbau Mittelstandsbau) und die Ausweitung von Betreuungsangeboten für Kinder und Pflegedürftige erhöhen.

3) Steuerliche F&E-Förderung ausweiten, Abschreibungszeiträume verkürzen und Möglichkeit der degressiven Abschreibung entfristen.

4) Freihandelsabkommen vorantreiben, EU-Binnenmarkt vertiefen, Liberalisierung der Dienstleistungssektoren ausweiten.³



Impuls 2

Strukturwandel effizient und wettbewerbsneutral ermöglichen

- 1) Um den Wandel hin zur nachhaltigen Wirtschaft zu vollziehen, greift die Politik mit dirigistischen Initiativen (wie dem Green Deal) zusehends direkt in originäre Entscheidungsbereiche und Geschäftsmodelle von Unternehmen ein.
- 2) Plädoyers für „nationale Champions“, „Taxonomien“ und „Industriepolitik“ offenbaren Glaube an Allwissenheit von Politik und Verwaltung.

1) Politisch definierte Nachhaltigkeitsziele werden mithilfe von passenden, neutralen und markt-basierten Systemen verfolgt. Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Ziele werden gleichberechtigt angesehen.

2) Nicht der Staat entscheidet, welche Technologien und Unternehmen sich im Wettbewerb durchsetzen, sondern das Zusammenspiel aus Angebot und Nachfrage liefert die effizientesten Lösungen.

1) Pro Instrument nur ein Ziel festlegen, um Zielkonflikte zu vermeiden. Sämtliche Instrumente nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgestalten.

2) Verzicht auf technologie-bezogene Kategorisierungen und gezielte Förderung von protegierten Unternehmen. Stattdessen Wettbewerbsrecht ins Digitalzeitalter überführen, Kartellbehörden stärken und bestehende Instrumente zur Investitionsprüfung nutzen.



Impuls 3

Staatwirtschaft zurückfahren und Resilienz von Staat und Unternehmen erhöhen

- 1) Die Corona-Hilfsprogramme sind in der akuten Krisenphase geboten, sie führen aber zu Marktverzerrungen, Ungerechtigkeiten, „Zombie-Unternehmen“ und Risiken im Finanzsystem.
- 2) Die Schuldenstandsquote² wird auf 72,1 % steigen. Die erforderliche Konsolidierung auf 60 % (Maastricht-Kriterium) darf nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gehen.
- 3) Das Eigenkapital der Unternehmen ist in der Corona-Krise gesunken. Zur Finanzierung des Strukturwandels und zur Widerstandsfähigkeit bei künftigen Krisen benötigen die Firmen dickere Polster.

1) Begrenzung der Rettungsprogramme auf Krisenzeit.

2) Staatshaushalt muss durch einen Sparkurs bei nicht-wachstumsfördernden und nicht-investiven Ausgaben angegangen werden, um Resilienz für die nächste Krise zu erhöhen.

3) Unternehmen sind finanziell resilienter als vor der Corona-Krise aufgestellt.

1) Mit Abklingen der Krise Zuschussprogramme reduzieren, Fehl- und Überallokationen zurückfordern, staatliche Beteiligungen beenden, Ausnahmeregelungen für Kurzarbeit und staatliche Kredit- und Bürgschaftsprogramme auslaufen lassen.

2) Mit einem Ausgabenzielpfad sicherstellen, dass die Staatsausgaben langsamer steigen als das nominale Wirtschaftswachstum. Auf höhere Steuern oder neue Sonderabgaben verzichten.

3) Eigenkapitalsituation der Unternehmen durch Senkung der einbehaltenen Gewinne auf international wettbewerbsfähiges 25 %- Niveau stärken.